

Schlachtungen und Jargons

Episodisches zur Situation der Zeitung

Philip Kovce

Vergegenwärtigt man sich die Wasserstands-meldungen, die kürzlich zur Lage der Zeitung präsentiert wurden, so lässt sich unschwer erkennen, dass nicht wenige das gute, alte Journal längst totgesagt haben.¹ Rückläufige Abonnentenzahlen, steigender Kostendruck, eine schier uferlose Konkurrenz digitaler Medien, mangelnde Qualität: Vieles liegt beim knick- und faltbaren Printmedium im Argen. Doch was zeigen diese Entwicklungen in Bezug auf unser heutiges Verhältnis zu Informationen? Was offenbart jene Malaise des gedruckten Wortes über unser Bedürfnis, Geschehnisse zu erfahren, unterhalten zu werden oder Ablenkung zu genießen?

Das Schicksal der Zeitung – wie auch immer man zu ihm stehen mag – verkörpert unwillkürlich das Schicksal unserer Zeit mit. Eine Betrachtung der gegenwärtigen Zeitungslage ver spricht also zugleich, ein Quantum vom Zeitgeist zu erhaschen, dessen flüchtiges Dasein aufzuspüren die Berechtigung für die folgenden Notizen abgeben mag.

Medienschungel: Irrungen, Wirrungen

Nachdem ich im April 2009 einen kurzen Abriss der philosophischen Geschichte des freien und unfreien Willens im Rahmen eines Studienstiftungsseminars dargestellt hatte, wurde ich mit Fragen überhäuft. Gerrit, ein anderer Teilnehmer, wollte alles wissen: Wie es denn genau war mit den Gedanken von Spinoza und Schopenhauer, Kant und Schiller, Roth und Pauen? Er wollte wissen, wie man einiges behaupten könne, meinte, selbst einiges zu widerlegen und fragte auch nach meinen eigenen Erfahrungen. Gerrit – das wusste ich bereits und merkte es jetzt – studierte Journalistik. Als er später mit seinem Beitrag an der Reihe

war, teilte er ein Manuskript aus mit dem Titel: »Zeitungssterben – eine gesellschaftliche Herausforderung?« Darauf war zu lesen: »Thesen: Die Zeitungen befinden sich in einer existenziellen Krise. / Gründe dafür sind: Die Wirtschaftskrise. Aber vor allem: Struktureller Wandel durch das Medium Internet. / Das Internet verdrängt die klassische Papierzeitung. / Das Dilemma: Im Internet können keine Gewinne generiert werden. / Folge: Verlage geraten in ökonomische Not. / Folge: Qualität des Journalismus leidet. / Folge: Freiheitliche Demokratie ist in Gefahr. / Das Schicksal der Zeitung muss demnach von gesellschaftlichem Interesse sein. / Guter Journalismus ist zukünftig auf Dritte angewiesen. / Staatliche Hilfe? Gefahr der Instrumentalisierung! / Gesellschaftlicher Diskurs notwendig: *Brauchen wir die Zeitung?*« Jetzt wollte ich alles wissen: Ist das Medium Internet wirklich der so häufig beschworene Erzfeind der Printorgane? Ist die Wirtschaftskrise tatsächlich der Grund des ökonomischen Übels der Verlagsbranche? Was leistet das Internet – und was leistet es (noch) nicht? Was leistet die Zeitung – und was leistet sie nicht (mehr)? Im Rahmen der Diskussion wurde schnell klar, dass vormals eindeutige Positionen nicht so leicht aufrechtzuerhalten sind, da weder das Internet per se »schlecht«, noch Zeitungen per se »gut« sind. Es scheint eigentlich sogar paradox anzumuten: Der Form nach sind heute so viele journalistische Kommunikationswege *zugleich* gangbar wie niemals zuvor, dennoch ist fast überall Missmut spürbar. Derselbe trifft, sowohl bezogen auf die Internet- wie auch auf die Printmedien, zumeist einen gemeinsamen Kern: *den Mangel an Qualität*. Doch selbigem begegnen die Finanzverantwortlichen der Verlage mit der ebenso simplen wie unbefriedigenden Begründung: *dem Mangel an Geld*.

An dieser Stelle beißt sich die Katze in den Schwanz, da diejenigen, die den Medien mangelnde Qualität vorwerfen, sofort auf die finanzielle Situation als *Ursache* des Defizits hingewiesen werden, während die Qualitätsmänner eigentlich die finanzielle Misere mit der mangelnden Qualität *begründen* wollten. Jener Henne-Ei-Problematik hilft keine Polarisierung zur Klärung, sondern höchstens ein Blick auf die tatsächlichen Möglichkeiten und Wirklichkeiten der Zeitung sowie auf die Anforderungen, die wechselseitig Leser und Zeitung einander stellen.

Content Desk: Entertainment statt Aufklärung

Neulich habe ich ein Praktikum in der Online-redaktion eines der größten deutschen Medienhäuser absolviert. Über eine Papierzeitung kann man hier am sogenannten Content Desk nur müde lächeln, denn online werden Nachrichten 24 Stunden lang rund um die Uhr »produziert«. Um jenes Verb »produzieren« zu verstehen, kann man sich eine Kuh vorstellen, die rund um die Uhr gemolken wird – auch wenn sie längst ausgesaugt ist. Bestimmte Themen müssen permanent, »weil alle es tun«, »weitergedreht« werden, das heißt sie werden – bleiben wir bei der Kuhmetapher – ausgeschlachtet, damit man neben den realen und suggerierten Milchprodukten auch noch das Fleisch verhökern kann. Diejenigen, die die Nachrichten produzieren, haben selber meistens nicht die geringste Ahnung von dem, was in der Welt wirklich vor sich geht, denn es werden nonstop Agentur- und Pressemitteilungen umgeschrieben, Fotostrecken gebestellt, Gewinnspiele entwickelt: Eigene Recherche ist dabei die Ausnahme; zu zeit-, zu kostenintensiv.

Das sich unter diesen Bedingungen fast selbstredend abzeichnende Qualitätsmanko gleicht in gewissem Sinne der Situation der gegenwärtigen Finanzkrise: Auch journalistisch werden Informationen erahnt, vermutet, verkauft, variiert, weiterverkauft, gemixt und – zuletzt – als Bombe oder Platzpatrone publiziert. Das alles funktioniert heute *ohne* Papierzeitung, ebenso wie es in der Kapitalwirtschaft *ohne* Papiergeld

funktioniert. Und es funktioniert *schneller* und *aktueller* ohne Papierzeitung und -geld. Was soll und kann jene materielle Zeitung auf journalistischem Felde dann aber überhaupt noch leisten, wenn sie im Wettlauf der Aktualität stets verliert?

WWW: Was wollen wir?

Das Internet ist weder für den Qualitätsjournalismus »schlecht«, noch ist es prinzipiell Feind der Zeitung. Zwar verändert das Netz Journalismus radikal,² jedoch könnte, während im Internet die Demokratisierung des Wissens vorangetrieben wird, die Zeitung sich nun auf die qualitative Selektion und Recherche von Wissen fokussieren. Leider werden diese Möglichkeiten meist wild durcheinandergeworfen – zum Nachteil beider Medien. Gut recherchierte Artikel lassen sich im Internet kaum verkaufen, das war ja bereits Gerrits Sorge; Werbung und Anzeigen boomen hingegen im Netz. Bei Zeitungen könnte es umgekehrt sein, hier kauft man heute nicht mehr Werbung, Anzeigen und Informationen, sondern bezahlt vor allem für Hintergründe, Reflexionen, Einschätzungen, kurz: *gewogenes* Wissen. Nur wenige Zeitungen bilden allerdings die Ausnahmen, die mit diesen Konzepten überzeugen können, fast nie sind es Tageszeitungen.³ Die Tageszeitung, die am ehesten die Qualitäten aufweist, die das Internet einfacher abzudecken fähig ist, steckt tiefer in einer Krise – auch weil diejenigen, die für sie verantwortlich sind, sie zumeist behandeln wie einen Palliativpatienten, der dem Tode geweiht ist.

Fassen wir das Problem so zusammen: Anstatt – besonders lokal – auf Qualitätsjournalismus zu setzen, soll vor allem und als erstes die Verlagsrendite stimmen. Wenn die Abonnentenzahlen oder der Verkaufspreis nicht steigen, müssen, um das anvisierte Ziel zu erreichen, Kosten gesenkt, mithin Redakteure entlassen, »freigesetzt« werden. Die Lokalzeitung verkommt infolge dessen zum gemanagten Regionalentertainment, produziert an irgendwelchen Tischen jenseits des Lebens, jenseits der Wirklichkeit. Der Dienst, den der Leser dieser

Art von Zeitung erweist, erschöpft sich nicht mehr erst im Lesen derselben, sondern bereits im Kauf, *denn um die Zeitung als Zeitung geht es gar nicht primär*. Sie verkommt zum Mittel eines bloßen Geldzwecks, ihr Sein-Sollen weicht dem Haben-Wollen eines anderen Ziels. Vielleicht gälte es hier, Folgendes einzusehen: Eine »gute« Zeitung ist ein Medium, dessen Existenz unter einem grassierenden Ökonomismus nie gesichert ist. Denn man kann mit diesem Medium, wenn man es ernst mit ihm meint, im Grunde gar kein übermäßiges Geld verdienen *wollen*, ohne dass das Produkt dabei Schaden nimmt. Wenn allerdings heute vielen Zeitungsmachern die Zeitung der liebste Feind und die alte Kuh geworden ist, die vor ihrem Kollaps noch ausgemolken wird – was dann?⁴

Cyberspace: Blendungen und Erregungen

Die Situation der Zeitung passt zu unserer hyperaktiven Zeit. Und im Kontext dieser Zeiterscheinungen sieht man wiederum klarer in das Dickicht des Medienschungels hinein. Als weiser Fremdenführer durch die gegenwärtige »Selbsterregungskommune« entpuppt sich der Medienphilosoph Peter Sloterdijk, dessen Prädikat hier nicht pejorativ, sondern als Indiz seiner diagnostischen Sehkraft in Bezug auf aktuelle Medientendenzen genommen werden soll. In einem Gespräch mit Hans-Jürgen Heinrichs⁵ konstatiert er: »Man muss sich mehr als bisher klarmachen, dass moderne Gesellschaften wie Themenbörsen organisiert sind. An diesen werden ständig neue Themenwerte emittiert und in Tagesgeschäften gehandelt. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Öffentlichkeit viel weniger ein Gesichtspunkt der Aufklärung als ein Forum zur Abwicklung von Themengeschäften. Die großen Massenmedien, egal ob Druck- oder Funkmedien, befinden sich in einem permanenten Kampf um den Höchstkurs ihrer Themen. Und wenn sich ein Skandalthema gesellschaftsweit durchsetzt, dann bedeutet das zunächst nur, dass es einer Redaktion gelungen ist, einen Erregungsvorschlag zu machen, der von den Konkurrenten unter allen Umständen nachgeahmt werden muss.«

Jene Kultur, in der »Erregbarkeit jetzt die erste Bürgerpflicht [ist]« (Sloterdijk), braucht sich über defizitäre Erscheinungen hinsichtlich des Qualitätsjournalismus nicht zu beschweren. Denn dort, wo wesentlich nicht mehr ist, *was gesagt wird*, sondern *dass überhaupt irgendetwas viel und oft gesagt wird*, verkümmert Kommunikation zum bloßen Jargon des Eigentlichen, zur Hysterie der Wichtiguer – oder gegenteilig zur Meidung des Wichtigen und Ernsten, zum soften Small-Talk, zum Jargon des Uneigentlichen. Ersteres, die sprachlich fundierte Illusionsbildung, warf – sehr verkürzend gesagt – auf philosophischem Terrain bereits Adorno Heidegger vor,⁶ letzteres, die sprachliche Banalisierung als Tendenz eines Kulturverfalls, fasste der Journalist Hermann Glaser schon anno 1982 in die passenden Worte: »Der Jargon der Uneigentlichkeit, der expansiven Trivialität, mimt unentwegt die Heiterkeit des Mitmenschlichen, aber auch die profunde Ernsthaftigkeit echten Anliegens; epidemieartig breitet er sich im politischen Bereich aus und verbindet sich dort mit dem nach wie vor grassierenden Jargon der Eigentlichkeit. Ein Meister im Genre der nichtssagenden Redseligkeit ist zum Beispiel der Parteivorsitzende der CDU, Helmut Kohl. Sein Wanderpredigerton, von uneigentlicher Eigentlichkeit und eigentlicher Uneigentlichkeit, ist stets, ob Dur oder Moll, abendländisch gestimmt; wer von ihm, etwa im ›Dialog mit der Jugend‹ abgeduscht wird, kann sich nur noch schütteln.«⁷

Was ist es, das in diesem medialen Mienefeld für den Einzelnen als Eigentliches übrigbleibt? Sloterdijk meint dazu: »Meine Souveränität, falls sie existiert, kann sich allein darin zeigen, dass ich den aufgenommenen Impuls in mir absterben lasse oder dass ich ihn, wenn überhaupt, in völlig verwandelter, geprüfter, gefilterter, umcodierter Form weitergebe.« Autonomes Verhalten bestünde also darin, dass es mir gelänge, »[m]ich von Meinungsepidemien distanzieren zu können: den Erregungszustand zu verweigern.« Dies ist heute die neue, erste Verteidigungskunst, die es im Medienschungel als Überlebenskunst zu üben gilt, ehe sich – so platt wie tiefsinnig – die Frage stellt: Wel-

che Medien, ja welche Zeitung wollen wir? Und was wollen wir wem dafür bezahlen?

Der gesellschaftliche Diskurs über die Zukunft der Zeitung, wie Gerrit ihn sich am Ende seines Referates wünschte, möge er beginnen! Ob im Internet oder in der Zeitung – die Hauptsache ist, er beginnt, Jargons hinter sich zu lassen und *eigentlich* zu werden.

1 Zuletzt wurde das Thema ventiliert in einem Dossier von Anita Blasberg und Götz Hamann: *Deutschland, entblättert*, in: *Die Zeit*, 26.11.2009, Nr. 49, aber auch früher bereits von Hamann: *Sparen bis die Leser gehen?*, in: *Die Zeit*, 20.09.2007, Nr. 39 und in einem TAZ-Dossier u.a. von Russell Baker: *Was wird aus den Zeitungen?*, 15.09.2007, in: *TAZ*.

2 Vgl.: *Das Internet-Manifest. Wie Journalismus heute funktioniert. 17 Behauptungen*, <http://www.internet-manifest.de>.

3 Ein eindrückliches Beispiel ist das Kulturmagazin *Sinn und Form*. Vgl. Alexander Cammann: *Die »Sinn und Form«-Kultur*, in: *Die Zeit*, 26.11.2009, Nr. 49. Vgl. www.sinn-und-form.de.

4 Der Deutsche Journalistenverband (DJV) veröffentlicht eine Liste mit diversen Tarifumgehungen der Verlage, siehe: <http://www.djv.de/629.pdf>. Besonders lesenswert zur Misere des Qualitätsjournalismus und Haltung der Verlageigner ist auch von Tom Schimmeck: *Preis und Wert des Journalismus. Rede Mainzer Medien Disput 2009*, siehe: <http://klugschiss.org/Texte/mmdrede.htm>.

5 Peter Sloterdijk und Hans-Jürgen Heinrichs: *Die Sonne und der Tod. Dialogische Untersuchungen*, Frankfurt 2006.

6 Theodor W. Adorno: *Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie*, Frankfurt 1970.

7 Hermann Glaser: *Sprache und Kulturheuchelei*, in: *Frankfurter Rundschau*, 24.04.1982.

Bildung nach Bologna

Ein Kommentar von Thomas Brunner

Es kann keiner für den andern wesen und leben, und ebensowenig denken und wollen.–

Ignaz Paul Vital Troxler¹

Als nach der Wende 1989 eine weltweite Aufbruchsstimmung nicht nur den Begriff der wirtschaftlichen Globalisierung hervorgebracht und einen wahren Gründerboom im nun aufblühenden »Internetzeitalter« ausgelöst hatte, sondern auch die Deregulierung und Entwirtschaftlichung des Staates gefordert wurde und der Begriff der mündig werdenden Zivilgesellschaft auf einmal in aller Munde war, da schien ein wirklicher Fortschritt in vielen gesellschaftlichen Bereichen in gestaltbare Nähe gerückt. Insbesondere in der Bildungsdebatte wurden für Momente in weiten Kreisen neue Perspektiven ausgebildet, in denen Bildung nicht mehr der Knechtschaft des staatlichen Monopols unterjocht, sondern der Politik die Aufgabe zugesprochen wurde, nun der Wegbereiter einer neuen Bildungsautonomie zu sein. Denn, so wur-

de argumentiert, »Phantasie und Eigeninitiative sind nicht politisch diktierbar. Doch Politik könnte zur Innovation ermutigen. Die »autonome Schule«, die ihr eigenes Profil erarbeitet, die befreit ist von standardisierten Lernzielen, ihr eigenes Budget verwaltet, wollen inzwischen alle. ... Schulen, die mit Firmen kooperieren, ein Stadtteil-Café eröffnen, Eltern einbinden, monatelang an einem Musical arbeiten, können nicht gleichzeitig alles mögliche Wissen in ihre Kinder hineinfüllen. Wer Kinder ermutigt, ihren eigenen Fähigkeiten und Interessen nachzugehen, kann am Ende nicht von allen dieselben abfragbaren Lernleistungen erwarten. Zudem weiß heute niemand genau, welche Fertigkeiten und welches Wissen die Menschen künftig brauchen werden.«² Und selbst Vertreter des staatlichen Schulwesens, wie der Berli-

ner Schulleiter Wolfgang Harnischfeger, machen deutlich, dass »bei der Kennzeichnung unserer Gegenwart als Wissensgesellschaft« leicht übersehen wird, »dass Wissen ohne Bildung auf Dauer eine Gesellschaft seelenlos und inhuman macht.«³

Erstaunlicher Weise war diese freiheitlich gestimmte Phase in der Bildungsdebatte allerdings nur von kurzer Dauer, denn schleichend breitete sich spätestens seit der Bildungskonferenz in Bologna 1999 wieder ein rückwärtsgewandtes, alles beherrschendes, staatswirtschaftlich orientiertes Denken aus. Die ganze Tragweite dieser neuerlichen Zentralisationsbestrebungen wurde deshalb lange Zeit kaum bemerkt, da nun nationalstaatliches Denken im erweiterten Rahmen der Europäischen Union, also auf höherer Ebene, etabliert wurde. Damit wurde ein schleichender Entmündigungsprozess eingeleitet, wie er in dieser Form in modernen demokratischen Staaten noch nicht vorgekommen ist. Ab dem Jahr 2000 leitete dann die PISA-Studie den vollen Umbau der europäischen Bildungslandschaft im Sinne dieser erweiterten nationalstaatlichen Ausrichtung ein. Durch diese Politik wurde die gesamte Bildung in den Strudel einer Vermengung von Staats- und Wirtschaftsinteressen gezogen, der die eigentlich notwendige menschliche Entwicklungssphäre zunehmend zerstört. Der Schüler wird zum »Kunden«, Bildung zur nationalstaatlichen Investition, Allgemeinbildung zusehends durch Fach-Kompetenz-Orientierung ersetzt, die Abschlüsse werden standardisiert (Zentral-Abitur, Bachelor etc.) und der individuelle Mensch zum Objekt des Arbeitsmarktes reduziert.

»Die Wende zur Empirie in der Bildungspolitik hat entscheidend dabei geholfen, von gefühlter Wirklichkeit wegzukommen«, sagt Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU). »Bis zu Pisa konnte man ja behaupten, was man wollte.«⁴ Glaubt Frau Schavan wirklich mit der Reduzierung auf das Wäg-, Mess- und Zählbare einer umfassenden menschlichen Bildung gerecht zu werden? Phänomenal zumindest, wie sie vom Schreibtisch aus die Richtlinien für die Pädagogik meint vorschreiben zu können. Wie radikal und anmaßend sich dieses Denken mitt-

lerweile gebärdet, zeigt beispielsweise auch der Vorschlag des Präsidenten der FU-Berlin, Dieter Lenzen, der als Vorsitzender des »Aktionsrat Bildung« den »Pflichtkindergarten für 2-Jährige« fordert und auf die Frage »Was, wenn Eltern ihr Kind nicht so früh in den Kindergarten geben wollen?« schlicht antwortet: »Wir haben ja auch eine Schulpflicht und Möglichkeiten, diese durchzusetzen, wenn Eltern sich verweigern.«⁵

Spätestens der Inhalt und der Tonfall eines solchen Beispiels müsste die Grenzwertigkeit dieser staatsgläubigen Bildungsoffensive erlebbar werden lassen, zumal sich die staatsgebundenen Hochschulinstitutionen angesichts der menschheitlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Klimakatastrophe, expandierende soziale Ungleichheit, drohende Welt-Finanzkrisen, Terrorismus etc.) sowieso zunehmend in ihrer »Forschung und Lehre« als ungenügend erweisen.⁶ D.h., es müsste immer deutlicher werden, dass die Bildung, gerade um den Anforderungen der Gegenwart gerecht werden zu können, nicht mehr zentralstaatlich verwaltet werden darf, sondern in die übernationale Verantwortung, d.h. in die zivilgesellschaftliche Verwaltung der Menschen übergehen müsste. Die Befürchtung, dass die Bildung durch größere Autonomie in eine neue Abhängigkeit der Wirtschaft geraten könnte, übersieht, dass gerade die staatliche Bildungsbevormundung den Effekt mit sich bringt, dass wirtschaftliche Interessen federführend werden und eine elitäre Bildungslandschaft entsteht, weil der einzelne Mensch nicht als verantwortlicher Mitgestalter zur Geltung kommen kann. Eine Befreiung der Bildung würde hingegen gerade der Wirtschaft neue soziale Impulse zuführen.

Doch die Zivilgesellschaft, die hier ihre Verantwortung erkennen müsste, schlummert zu meist noch in Träumen des 19. Jahrhunderts, hat noch nicht den Glauben in die Macht des Einheitsstaates überwunden und folgt deshalb noch treu den neuen ideologischen und staatlichen Gerechtigkeitsutopien und Wirtschaftskonzepten. Ein wirkliches Selbstverständnis hat sie bis heute nicht ausgebildet. D.h., »was längst überfällig ist, wäre eine breite und of-

fene Diskussion über die Bildung in Bezug auf Mensch und Gesellschaft«,⁷ wie es jüngst Udo Herrmannstorfer auf den Punkt brachte. Doch woher soll diese Diskussion impulsiv werden? Wer soll sie anregen, wenn sie nicht wieder nur ein konventionelles Politiker- und Fachgelehrten-Gerede hervorbringen oder in unfruchtbarem Lobbyismus versinken soll?

Umso erfreulicher, dass nun die Studenten selbst aktiv geworden sind. Zuerst waren es die Studenten der Universitäten in Wien, dann auch Studenten deutscher Hochschulen, die mit ihren Protesten dafür Aufmerksamkeit erweckten, dass die seit der sogenannten Bologna-Konferenz eingeleitete Verschulung und Standardisierung der Studiengänge wirkliche Bildungsprozesse zunehmend verunmöglicht. Diesen Protesten der unmittelbar Betroffenen folgten dann auch Besprechungen namhafter Persönlichkeiten in großen Presseorganen, die nun endlich deutlich zur Sprache bringen, welche technokratische Denkungsart diese sogenannten »Reformen« entsprungen sind. So war beispielsweise in einem Artikel von Adam Soboczynski in der Wochenzeitung *Die Zeit* zu lesen: »Der deutsche Professor nach neuem Wunschbild ist ein apparatschikhaft vernetzter Großorganisator von Studiengängen, Graduiertenkollegs und Sonderforschungsbereichen, der pflichtgemäß allerlei uninspirierte Sammelbände herausgibt, um seinen Brotgelehrtenfleiß zu dokumentieren. Ihm entspricht der Student, der sich nicht mehr um zwei Uhr nachts noch in Nabokovs Romane vertieft, sondern der um acht Uhr morgens frisch rasiert den Hörsaal betritt, um seinem Workload gerecht zu werden. Der auch nicht mehr – sofern er engagiert und begabt ist – das Privileg genießt, von einem Dozenten frühzeitig in ein Oberseminar eingeladen zu werden, sondern der lemminghaft die für seine Alterskohorte vorgesehenen Pünktchen sammelt.«⁸

Dass mit dem »Brotgelehrtenfleiß« Friedrich Schillers Antrittsvorlesung als Geschichtsprofessor in Jena von 1789 zitiert wird ist kein Zufall, denn Schiller war der Erste, der klar gestellt hatte: »Der Staat selbst ist niemals Zweck, er ist nur wichtig als eine Bedingung, unter welcher

der Zweck der Menschheit erfüllt werden kann, und dieser Zweck der Menschheit ist kein anderer als Ausbildung aller Kräfte des Menschen, Fortschreitung. Hindert eine Staatsverfassung, dass alle Kräfte, die im Menschen liegen, sich entwickeln, hindert sie die Fortschreitung des Geistes, so ist sie verwerflich und schädlich, sie mag übrigens noch so durchdacht, und in ihrer Art noch so vollkommen sein.«⁹ Und es darf als besonders erfreuliches Zeichen gewertet werden, dass die bedeutsamen Bemühungen des engen Freundes Friedrich Schillers, nämlich Wilhelm von Humboldts, nun auch wieder vom Staub des Missverstehens befreit werden: »Unsere Universitäten müssen Stiftungsuniversitäten werden. Bis auf den heutigen Tag krankt die deutsche Universität an ihrer Erfolgsgeschichte im neunzehnten Jahrhundert: Während Humboldt eine von staatlichem Einfluss freie Stiftungsuniversität intendierte, übernahm der preußische Staat die Berliner Gründung in seine Verantwortung, und baute sie zur Weltgeltung aus. ... Da der Staat heute nicht mehr in der Lage ist, die Universitäten auskömmlich zu finanzieren, muss Humboldts 200 Jahre alte Idee endlich in die Tat umgesetzt werden: die führenden deutschen Universitäten müssen in Stiftungsuniversitäten umgewandelt werden, damit zu der knappen staatlichen Förderung größeres und kleineres zivilgesellschaftliches Engagement treten kann.«¹⁰ Dass Herr Markschies so deutlich klarstellt, dass die nationalstaatliche »Erfolgsgeschichte« der deutschen Universität des 19. Jahrhunderts für die Bildung im Zeitalter einer globalen Menschheitsgesellschaft kein Vorbild mehr sein kann, darf als wirklicher Fortschritt in der öffentlichen Debatte bezeichnet werden, und dass er von Humboldts Ideal einer von staatlichem Einfluss befreiten Stiftungsuniversität spricht, darf geradezu als historisch bedeutsamer Moment gewertet werden. Für Humboldt war Bildung eben nie eine staatliche, sondern immer eine öffentliche (zivilgesellschaftliche) Aufgabe!¹¹ Diese Unterscheidung hat nach Humboldt dann nur noch Rudolf Steiner klar ausgesprochen: »Nehmt dem Staat die Schulen ab, nehmt ihm das geistige Leben ab, gründet das geistige Le-

ben auf sich selbst, lasst es durch sich selbst verwalten, dann werdet ihr dieses geistige Leben nötigen, den Kampf fortwährend aus seiner eigenen Kraft zu führen. Dann wird aber dieses geistige Leben auch von sich aus in der richtigen Weise zum Rechtsstaat und zum Wirtschaftsleben sich stellen können, wird zum Beispiel das geistige Leben gerade – ich habe das in meiner sozialen Schrift [*Die Kernpunkte der sozialen Frage*], die nunmehr fertig wird in den nächsten Tagen, ausgeführt –, dann wird das geistige Leben auch der richtige Verwalter des Kapitals sein.«¹²

Gerade angesichts der weltweiten Finanzkrise kann deutlich werden, welche Verantwortung in der Bildungsfrage insbesondere all jenen zukommt, die sich dem Werk Rudolf Steiners verbunden fühlen.

www.freiebildungsstiftung.de

1 Ignaz Paul Vital Troxler: *Fragmente*, St. Gallen 1936, S. 344.

2 *Die Woche* 39, 22.9.2000, Titelseite.

3 *Die Woche* 39, 22.9.2000, S. 31.

4 *Spiegel online*, 26. 8. 2008: <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/51/16/dokument.html?titel=%22Schule+hei%C3%9Ft+Anstrengung%22&id=55946115&top=SPIEGEL&suchbegriff=&quellen=&v1=0>.

5 *Stern online*, 6.3. 2008.

6 Siehe: Ulrich Beck: *Weltrisikogesellschaft – Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt a. M. 2007.

7 Udo Hermannsdorfer: *Der Kampf um die Aufgabe der Bildung - Menschenbildung oder Produktion von Humankapital?*, in: *Sozialimpulse*, 3/2007, S. 8.

8 *Die Zeit*, 49, 26.11.2009.

9 Friedrich Schiller, in: *Die Gesetzgebung des Lykurgus und Solon*.

10 Prof. Dr. Christoph von Marksches, Präsident der Humboldt Universität Berlin, in der November-Ausgabe der Zeitschrift *Cicero*.

11 »Öffentliche Erziehung scheint mir ganz außerhalb der Schranken zu liegen, in welchen der Staat seine Wirksamkeit entfalten muss.« Aus: Wilhelm von Humboldt: *Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen*, in: *Sämtliche Werke*, 1999, Bd. 1, S. 226.

12 Rudolf Steiner: *Vergangenheits- und Zukunftsimpulse im sozialen Geschehen* (GA 190) Vortrag vom 21. März 1919, Dornach 1980, S. 24.